



Teil D: Angebotsschreiben

Name des Bietenden bzw. der Bietergemeinschaft

--

Bei Bietergemeinschaft: Name des/der bevollmächtigten Vertreters/Vertreterin der Bietergemeinschaft

--

Anschrift, Ansprechpartner, Telefon/Fax/E-Mail des Bietenden bzw. des/der bevollmächtigten Vertreters/Vertreterin der Bietergemeinschaft

--

**Nationale Identifikationsnummer des Bietenden bzw. des/der bevollmächtigten Vertreters/Vertreterin der Bietergemeinschaft
(bitte ankreuzen und ergänzen)**

- ☐ USt.-Identifikationsnummer: _____
- ☐ Handelsregister-Nr. HR _____ Amtsgericht: _____

**Angaben zur Größe des Bieterunternehmens
(bitte ankreuzen)**

- ☐ Kleinstunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. EUR Umsatz)
- ☐ Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. EUR Umsatz und kein Kleinstunternehmen)
- ☐ Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. EUR Umsatz und kein kleines Unternehmen)
- ☐ Großunternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. EUR Umsatz)



**Angabe der Nationalität des Eigentümers/der Eigentümeri des Bieterunternehmens
(sofern keine Börsennotierung vorliegt)
(bitte ankreuzen und ggf. ausfüllen)**

- ☐ Das Unternehmen **ist** börsennotiert.
- ☐ Das Unternehmen **ist nicht** börsennotiert. Der/die wirtschaftliche Eigentümer/in (d. h. der/die wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des § 3 Geldwäschegesetz) des Unternehmens besitzt folgende Staatsangehörigkeit:

Ich/wir biete/n die Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung auf Basis der vertraglichen Bedingungen und zu den im Angebot genannten Konditionen an. Ich/Wir halte/n uns an mein/unser Angebot bis zum Ablauf der in der Auftragsbekanntmachung genannten Bindefrist gebunden. Ich/wir erkläre/n, dass meine/unsere Erklärungen und Angaben zutreffend sind. Mir/uns ist bewusst, dass ich/wir bei fehlenden oder unzutreffenden Angaben von dem Verfahren ausgeschlossen werden kann/können.

Mein/unser Angebot umfasst neben diesem Formblatt folgende Bestandteile:

- ☐ **Referenzblatt (Anlage D01) in erforderlicher Anzahl.**
Bitte verwenden Sie das Referenzblatt in entsprechender Anzahl und nummerieren Sie die Referenzleistungen fortlaufend. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen der Auftraggeberin (**Anlage A01 zu Teil A**).
- ☐ **Nachunternehmerverzeichnis (Anlage D02).**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben der Auftraggeberin in Abschnitt O der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).
- ☐ **Im Falle der Eignungsleihe: Rechtsverbindlich unterzeichnete Verpflichtungserklärung (Anlage D03) in erforderlicher Anzahl, soweit erforderlich.**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben der Auftraggeberin in Abschnitt P der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).
- ☐ **Im Falle einer Bietergemeinschaft: Rechtsverbindlich unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung (Anlage D04), soweit erforderlich.**
Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben der Auftraggeberin in Abschnitt Q der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).



- ☐ **Angabe des Preises unter Verwendung des Leistungsverzeichnis/Preisblatts (Anlage D05).**

Bitte füllen Sie das Formblatt vollständig aus.

Ort, Datum	Name der erklärenden Person:



A. Jahresumsatz des Bietenden

Angabe des Jahresumsatzes (EUR, netto):

	Jahresumsatz insgesamt	Jahresumsatz aus dem Bereich der Entsorgungsdienstleistungen
2023		
2024		
2025		

B. Personalstand

Angabe des Personalstands im Jahresdurchschnitt:

	Anzahl der Mitarbeitenden
2023	
2024	
2025	

C. Haftpflichtversicherung

Wir erklären, dass wir eine den Vorgaben der des Vergabeverfahrens (Anlage A01 Krit. 4) entsprechende Vermögensschadenshaftpflichtversicherung abgeschlossen haben bzw. im Auftragsfall eine solche abschließen werden. Die folgende Tabelle ist nur auszufüllen, wenn bereits ein den Anforderungen entsprechender Versicherungsschutz vorhanden ist.

Name der Versicherung; Vers.-Nr. (sofern bereits bestehend):	Versicherungssummen in Mio. EUR
	(mind. 2 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden; mind. 1 Mio. EUR für Vermögensschäden)
Personenschäden:	
Sachschäden:	
Vermögensschäden:	

Die genannten Deckungssummen stehen je Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung.



Wir werden das Bestehen der Versicherung auf Verlangen vor einem möglichen Zuschlag und auch später jederzeit gegenüber dem Auftraggeber nachweisen.



D. Gesetzliche Ausschlussgründe gemäß § 31 Abs. 1 UVgO i. V. m. §§ 123, 124 GWB

I. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).



- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

II. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

III. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen
- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
 - keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,



- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigte Verfehlung begangen hat.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

E. Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG

Bitte ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir bei der Ausführung des Auftrags im Inland
1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), geändert durch Artikel 2 Abs. 10 des Gesetzes vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 203), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes
- und
2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG, insbesondere von Branchentarifverträgen, die nach den Vorgaben des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) - AEntG -, zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 11 des Gesetzes vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 203), in der jeweils geltenden Fassung, bundesweit zwingend Anwendung finden, erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen

zahle/n.

- ☐ Soweit ich/wir bei der Ausführung des Auftrags Nachunternehmer oder überlassene Arbeitnehmer im Sinne von § 1 Abs. 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) einsetze/n, verpflichten ich/wir uns dazu, von den Nachunternehmern bzw. Verleihern die o. g. Erklärung abzuverlangen und der Auftraggeberin vorzulegen.

F. Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 09.04.2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bietergemeinschaft, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch



mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Bitte ankreuzen:

☐ Der Bieter/die Mitglieder der Bietergemeinschaft gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit oder die Niederlassung in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter/an einem Mitglied der Bietergemeinschaft über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
- c) durch das Handeln des Bieters/eines Mitglieds der Bietergemeinschaft im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf welche die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

☐ Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.



Anlage D01: Referenzblatt

(In der erforderlichen Anzahl zu kopieren)

Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen gemäß Teil A Anlage A01: Es sind mindestens **drei** vergleichbare Referenzen abzugeben.

Referenzleistung Nr.	
Bezeichnung des Projektes:	
Auftraggeber:	
Anschrift:	
Ansprechpartner:	
Telefonnummer:	
E-Mail:	
Art der Leistung Bitte machen Sie Angaben zum Leistungsinhalt. Beachten Sie diesbezüglich die Anlage A01: Eignungskriterien	
Anzahl der zu entleerenden Restabfallbehälter (min. 100 Restabfallbehälter)	
Einwohnerzahl des Stadtgebiets in dem die Leistung erbracht wurde (min. 10.000 Einwohner)	
Leistungszeitraum (spätestens seit dem 01.01.2023)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein



Ist die Leistung über einem zusammenhängenden Zeitraum von mindestens einem Jahr erbracht worden=	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
---	--



Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis

Bitte ankreuzen:

- ☐ Der Einsatz von Nachunternehmern ist **nicht** vorgesehen
- ☐ Die nachfolgend genannten Leistungen sollen durch Nachunternehmer ausgeführt werden:

Name und Anschrift des Nachunternehmers	Art und Umfang der Leistung



Anlage D03: Verpflichtungserklärung (im Falle der Eignungsleihe)

Name und Anschrift des Unternehmens

Wir bestätigen hiermit dem Bieter/der Bietergemeinschaft zur Vorlage und Bestätigung gegenüber der Auftraggeberin, dass wir uns verbindlich gegenüber dem Bieter/der Bietergemeinschaft verpflichten, im Fall der Zuschlagserteilung an den Bieter/die Bietergemeinschaft, diesem/dieser die in Anlage D02 des Angebots beschriebenen Leistungen zu erbringen und Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir bestätigen, dass wir über die zur Ausführung des Auftragsteiles erforderliche Eignung und erforderlichen Mittel verfügen und diese dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Falle der Zuschlagserteilung in dem zur Leistungserbringung erforderlichen Maß zur Verfügung stellen. Wir sind bereit, die an Nachunternehmer zu stellenden Verpflichtungen zu akzeptieren.

Im Übrigen erklären wir wie folgt:

I. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,



- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

II. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).



III. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen
- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
 - keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
 - keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigende Verfehlung begangen hat.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 Abs. 1 GWB ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift



Anlage D04: Bietergemeinschaftserklärung

Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #1 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #2 der Bietergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #3 der Bietergemeinschaft

Wir bilden eine Bietergemeinschaft und erklären,

- dass der o. g. Vertreter bevollmächtigt wird, die Bietergemeinschaft gegenüber der Auftraggeberin im Vergabeverfahren rechtsverbindlich zu vertreten.
- dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft im Falle einer Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften,
- dass die im Angebotsschreiben (Teil D der Vergabeunterlagen) abgegebenen Erklärungen zum Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gleichermaßen gelten.

Name und Position des/der Unterzeichnenden

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Name und Position des/der Unterzeichnenden

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift



Anlage D05: Hinweise zum Ausfüllen des Preisblatts

1. Bitte füllen Sie das den Vergabeunterlagen beiliegende Leistungsverzeichnis/Preisblatt **Anlage D05a** vollständig in allen ausfüllbaren Feldern aus und nehmen Sie darüber hinaus keine Eintragungen vor.